

INHALTSÜBERSICHT

Inhaltsverzeichnis	I
Literaturverzeichnis	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXVII
Einleitung	1
Erster Teil: Französisches Recht	3
§ 1 Der Grundsatz der Unteilbarkeit des Geständnisses und seine Entwicklung bis zum Code civil	3
§ 2 Der Beweis durch Parteizeugnis im französischen Zivilprozeß	11
§ 3 Die Unteilbarkeit des Geständnisses nach Art. 1356 Abs. 3 Code civil	28
§ 4 Die Unteilbarkeit des Geständnisses in außerfranzösischen Rechtsordnungen	57
Zweiter Teil: Italienisches Recht	62
§ 5 Der Beweis durch Parteizeugnis im italienischen Zivilprozeß	62
§ 6 Die Unteilbarkeit des Geständnisses	68
Dritter Teil: Deutsches und österreichisches Recht	90
§ 7 Teilbarkeit und Unteilbarkeit des Geständnisses in Deutschland bis zum Inkrafttreten der Zivilprozeßordnung	90
§ 8 Der Beweis durch Parteizeugnis im deutschen und österreichischen Zivilprozeß	96
§ 9 Die Teilbarkeit des Geständnisses nach § 289 Zivilprozeßordnung	127
§ 10 Schlußbetrachtung	178

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung	1
Erster Teil: Französisches Recht	3
§ 1. Der Grundsatz der Unteilbarkeit des Geständnisses und seine Entwicklung bis zum Code civil	3
I. Begriff	3
II. Die Entwicklung des Unteilbarkeitsgrundsatzes bis zum Code civil	5
A. Römisches und gemeines Recht	5
B. Die Entstehungsgeschichte des Art. 1356 Abs. 3 Code civil	9
§ 2. Der Beweis durch Parteizeugnis im französischen Zivilprozeß	11
I. Vorbemerkung: Das Prinzip des „nemo testis in re sua auditur“	
II. Parteizeugnis und Formalbeweis	13
A. Rechtsquellen	13
B. Klassifizierung der Beweismittel	14
C. Das gesetzliche Beweissystem	15
D. Das Parteizeugnis insbesondere	17
1. Das Geständnis der Partei	17
2. Der Parteieid	18
3. Sonstige Parteierklärung	18
III. Vom Formalbeweis zur freien Beweiswürdigung	20
A. Die Entwicklung der „comparution personnelle“	20
B. Auswirkungen auf das Parteizeugnis	24
1. Geständnis	24
2. Parteieid	25
3. Die Parteibefragung als Beweismittel	26
IV. Ergebnis	27
§ 3. Die Unteilbarkeit des Geständnisses nach Art. 1356 Abs. 3 Code civil	28
I. Der Unteilbarkeitsgrundsatz als gesetzliche Beweisregel	28

II. Die Begründung der Unteilbarkeitsregel in der französischen	
Lehre	29
A. Der Einheitsgedanke (logisches Argument)	31
B. Der Beweislastgedanke (praktisches Argument)	33
III. Der Geltungsbereich der Unteilbarkeitsregel	35
A. Grundsätzlicher Anwendungsbereich	36
1. Einheitliche Erklärung	37
2. Konnexität der Zusätze	39
a) Aveu qualifié	39
b) Aveu complexe	43
3. Interpretation des Geständnisses	46
4. Zusammenfassung	46
B. Die Ausnahmen von der Unteilbarkeitsregel	47
1. Anderweitige Beweise	48
a) bezüglich der zugestandenen Tatsachen	48
b) bezüglich der Zusätze	49
2. Entgegenstehende rechtliche Vermutung	50
3. Entgegenstehende tatsächliche Vermutung	51
4. Geständnis als Anfangsbeweis	52
5. Außergerichtliches Geständnis	54
6. Zusammenfassung	55
IV. Ergebnis	56
§ 4. Die Unteilbarkeit des Geständnisses in außerfranzösischen	
Rechtsordnungen	57
I. Belgien, Luxemburg, Niederlande	57
II. Schweiz	58
III. Spanien, Portugal	58
IV. Griechenland, Rumänien	60
V. Südamerika	60
VI. Nordamerika	61
VII. Ergebnis	61
Zweiter Teil: Italienisches Recht	62
§ 5. Der Beweis durch Parteizeugnis im italienischen Zivilprozeß	62
I. Rechtsquellen	62
II. Das formale Beweissystem	62
A. Die Gesetzgebung von 1865	63
B. Die Gesetzgebung von 1942	63
1. Die formale Parteibefragung	64
2. Die formlose Parteibefragung	65
III. Ergebnis	67

§ 6. Die Unteilbarkeit des Geständnisses	68
I. Die Unteilbarkeit des Geständnisses nach Art. 1360 des Codice civile von 1865	68
A. Das Gesetz und die Lehre	68
1. Die gemeinrechtlichen Begriffe	68
2. Die Kritik an den gemeinrechtlichen Begriffen	69
3. Die neuen Konzeptionen	71
a) Unteilbarkeit und Geständnisbegriff	71
aa) Unteilbarkeit keine Eigenschaft des Geständnisses	71
bb) Funktion der Unteilbarkeitsregel	73
b) Begründung der Unteilbarkeitsregel	74
aa) Beweislastargument	74
bb) Einheitsargument	75
cc) Wahrheitsargument	76
c) Begrenzung der Unteilbarkeitsregel	77
aa) Allgemeine Abgrenzung	77
bb) Anderweitige Beweise	79
B. Die Rechtsprechung	81
C. Zusammenfassung	82
II. Die Unteilbarkeit des Geständnisses nach Art. 2734 des Codice civile von 1942	83
A. Das Gesetz und die Lehre	83
1. Art. 2734 C. civ. und die freie Beweiswürdigung	84
2. Art. 2734 C. civ. und die Beweislast	85
B. Die Rechtsprechung	86
III. Ergebnis	88
Dritter Teil: Deutsches und österreichisches Recht	90
§ 7. Teilbarkeit und Unteilbarkeit des Geständnisses in Deutschland bis zum Inkrafttreten der Zivilprozeßordnung	90
I. Französisches Recht	90
II. Gemeines Recht	92
A. Einfluß der Beweislastgrundsätze	92
B. Die Teilbarkeitslehre	93
III. Die Entstehung von § 289 ZPO und § 266 ÖZPO	94
§ 8. Der Beweis durch Parteizeugnis im deutschen und österreichischen Zivilprozeß	96
I. Freie Beweiswürdigung	96

II. Parteizeugnis und Formalbeweis	97
A. Der Parteieid in der deutschen ZPO von 1877 und seine Abschaffung	98
1. Eid und Beweiswürdigung	98
2. Eid und Beweislast	100
3. Eid, Unteilbarkeit und Prozeßidee	102
4. Einführung der Parteivernehmung und Wandel der Prozeßidee	105
B. Das Geständnis der Partei	109
C. Die Reste des Formalismus in der deutschen Partei- vernehmung	113
1. Subsidiarität	113
2. Wer vernommen werden kann	115
3. Parteivernehmung und „persönliches Erscheinen“ der Parteien	120
4. Parteivernehmung und Zeugenvernehmung	124
III. Ergebnis	127
§ 9. Die Teilbarkeit des Geständnisses nach § 289 Zivilprozeßordnung	127
I. Die Auslegung von § 289 ZPO	127
A. Unteilbarkeit	127
B. Teilbarkeit	129
1. Grundregeln	129
2. Einzelfälle	131
a) Abbedungene Dispositivnorm	133
b) Vereinbarte Bedingung oder Befristung	133
c) Vertretung	133
d) Kundenüblicher Kaufpreis	134
II. Die Bedeutung von § 266 Abs. 2 ÜZPO	134
III. Stellungnahme	135
A. § 289 ZPO ist überflüssig	135
1. Die Vorschrift	135
2. Die Begriffe „Qualifiziertes Geständnis“ und „Motiviertes Leugnen“ insbesondere	137
B. § 289 ZPO löst das Problem nicht	139
C. § 289 ZPO ist unvereinbar mit der heutigen Auffassung vom Prozeßzweck	140
1. § 289 ZPO und die Parteivernehmung	140
a) Die Stellung von § 289 ZPO im System des Formalbeweises	140
b) Die Überwindung des Geständnisrechts in der Parteivernehmung	141

2. § 289 ZPO und die Wahrheitspflicht	146
a) § 289 ZPO als wahrheitsfeindliche Bestimmung	146
b) Die Überwindung des Geständnisrechts in der Wahrheitspflicht	148
3. Beweislast, Beweiswürdigung und Prozeßzweck . . .	155
a) Beweislast und Beweiswürdigung in der herrschenden Meinung	155
b) Die Zerlegung des einheitlichen Sachverhalts mit Hilfe der Beweislastregeln als Ursache des Unteilbarkeitsproblems	157
aa) Das aktionenrechtliche Schema	158
bb) Die Überwindung des Schemas	161
c) Beweislast und Formalbeweis	163
aa) Die Beweislast als Beweisregel	164
bb) „Plena probatio“ und „volle richterliche Überzeugung“	169
cc) Haupteid und Anscheinsbeweis	171
dd) Anscheinsbeweis und Anfangsbeweis . . .	173
d) Zusammenfassung	176
IV. Ergebnis	178
§ 10. Schlußbetrachtung	178